IZA COMPACT

Die Zukunft der Arbeit denken

www.iza.org

November 2005

IZA Prize in Labor Economics 2005 geht an Dale Mortensen und Christopher Pissarides

Festveranstaltung in Berlin

Am 24. Oktober 2005 wurde in Berlin vor geladenen Gästen aus dem In- und Ausland der diesjährige IZA Prize in Labor Economics an die Ökonomen *Dale T. Mortensen* (Northwestern University, Evanston/Illinois) und *Christopher A. Pissarides* (London School of Economics) verliehen. Mit dieser Auszeichnung werden die gemeinsamen Forschungsarbeiten beider Wirtschaftswissenschaftler zu Suchkosten und Anpassungsprozessen auf dem Arbeitsmarkt gewürdigt. Sie sind von hoher Aktualität, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die gegenwärtigen Arbeitsmarktreformen in Deutschland und bestätigen den Kurs der Politik, durch gezielte Verhaltensanreize, eine Politik des „Förderns und Forderns", aber auch durch eine effizientere, Suchkosten reduzierende Arbeitsvermittlung die Dauer der Arbeitslosigkeit zu verkürzen.

Die Entscheidung über die diesjährigen Preisträger hatte das IZA Prize Committee getroffen, in dem neben IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und IZA-Forschungsdirektor *Armin Falk* die Nobelpreisträger *George A. Akerlof* (University of California, Berkeley) und *Joseph Stiglitz* (Columbia University, New York) sowie *Richard Portes* (London Business School) vertreten sind. Zuvor hatten alle IZA Research Fellows die Möglichkeit, ihre Nominierungen zum IZA Prize 2005 einzureichen. „Der IZA Prize in Labor Economics 2005 würdigt die wegweisenden Arbeiten dieser kreativen Ausnahmewissenschaftler, die sowohl die theoretische als auch die empirische Arbeitsmarktforschung revolutioniert haben", heißt es in der Preisbegründung des Auswahlkomitees.

An der hochkarätigen IZA Prize Conference „Frontiers in Labor Economics" zu Ehren der Preisträger nahmen mit *Richard B. Freeman* (Harvard University) und Nobelpreisträger *James J. Heckman* (University of Chicago) unter anderem zwei herausragende US-Ökonomen mit Fachreferaten zur Zukunft der Gewerkschaften und zum Einfluss

IZA-Preisträger 2005: Christopher A. Pissarides, Dale T. Mortensen

>> In dieser Ausgabe

IZA PRIZE 2005 OFFIZIELLE PREISBEGRÜNDUNG

Der IZA Prize in Labor Economics 2005 würdigt die wegweisenden Arbeiten zweier kreativer Ausnahmewissenschaftler, die sowohl die theoretische als auch die empirische Arbeitsmarktforschung revolutioniert haben.
Seite 3

VOLKSWAGENSTIFTUNG FÖRDERT GROSSPROJEKT ZU MIGRATION UND INTEGRATION

Im Rahmen einer großen, von der VolkswagenStiftung finanzierten Forschungskooperation von acht Studiengruppen analysiert ein IZA-Projektteam „Economics and Persistence of Migrant Ethnicity". Ein erfolgreicher Auftakt-Workshop fand in Berlin statt.
Seite 4

NEU: DATENSERVICEZENTRUM UND FERNRECHENANGEBOTE DES IZA

Mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hat das IZA ein ambitioniertes virtuelles Datenservicezentrum errichtet. Für die Arbeitsökonomie steht damit ein einzigartiges neues Angebot zur Verfügung.
Seite 5

SOZIALE SICHERHEIT

Ist der Privatsektor ein adäquater Sozialversicherer? Antworten auf diese Frage liefert ein neues IZA Discussion Paper.
Seite 6

ARBEITSPLATZSTABILITÄT

Der Fortbestand neu geschaffener Stellen hängt von der konjunkturellen Lage zur Zeit der Neueinstellung, der Anzahl der geschaffenen Stellen und dem Unternehmensalter ab. Zu diesem Ergebnis kommt ein weiteres aktuelles IZA Discussion Paper.
Seite 8

Klaus F. Zimmermann, Monika Wulf-Mathies

Dale T. Mortensen, Klaus F. Zimmermann, Richard B. Freeman

kognitiver und nichtkognitiver individueller Fähigkeiten auf Arbeitserfolg und Sozialverhalten teil. *Tito Boeri* (Bocconi University, Mailand) würdigte den mit den Forschungsleistungen von Mortensen und Pissarides verknüpften methodischen Fortschritt der Arbeitsökonomie.

Als Gastredner der Festveranstaltung hob der geschäftsführende Bundesminister der Finanzen, *Hans Eichel*, den Beitrag der IZA-Preisträger zum Erkenntnisfortschritt der Arbeitsmarktpolitik hervor und stellte zugleich die Bedeutung des IZA im Rahmen der Evaluationsforschung zu den aktuellen deutschen Arbeitsmarktreformen heraus. Die anschließende Diskussionsrunde zu Fragen der „Reformpolitik nach der Bundestagswahl" unter Mitwirkung von Freeman, Heckman, Eichel, Zimmermann und IZA-Preisträger Pissarides spannte einen Bogen von Arbeitslosenversicherung, Mindestlohn, Gewerkschaftsmacht und Niedriglohnsektor bis hin zu Renteneintrittsalter und Mehrwertsteuererhöhung. Sie wurde von *Cherno Jobatey* (ZDF-Morgenmagazin) moderiert, der auch durch das Programm des Abends führte. Zu dessen Beginn hatte *Monika Wulf-Mathies* (Leiterin Konzernbereich Politik und Nachhaltigkeit, Deutsche Post World Net), die den kurzfristig verhinderten Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post und IZA-Präsidenten *Klaus Zumwinkel* vertrat, die Gäste begrüßt und die seit 1998 andauernde erfolgreiche Zusammenarbeit von Deutscher Post und IZA im Rahmen des Wissenschaftssponsorings der Deutsche Post-Stiftung als beispielhaft gewürdigt.

In seiner sehr persönlich gehaltenen Laudatio ging *Gerard A. Pfann* (Maastricht University) näher auf die Verdienste der Preisträger um die Weiterentwicklung der Arbeitsökonomie ein. Die Analysen der beiden IZA-Preisträger führen zu einem besseren Verständnis des Verhaltens von Akteuren in Arbeitsmärkten, die durch technologischen Fortschritt und Globalisierung (also ein Auf und Ab von Arbeitsplatzabbau und -entstehung) geprägt sind. Wie auf anderen Märkten auch, müssen die Akteure des Arbeitsmarktes Zeit und Kosten – etwa für die Informationsbeschaffung oder die Bewerberauswahl – aufwenden, um ihren Partner zu finden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber stehen also vor der Frage, wie intensiv sie suchen, wann sie mit der Suche aufhören, oder ob es sich lohnt, weiter nach einem Partner Ausschau zu halten, der möglicherweise eine noch größere „Passgenauigkeit" verspricht. Die Modelle von Mortensen und Pissarides machen deutlich, von welchen Faktoren die Entscheidungsfindung abhängt. Institutionen wie etwa die Arbeitslosenversicherung, Mindestlohnbestimmungen oder die aktive Arbeitsvermittlung spielen hier eine wesentliche Rolle.

Nach der Preisübergabe durch Monika Wulf-Mathies und Klaus F. Zimmermann beschrieb Dale Mortensen in seiner Dankesrede die Hintergründe seiner erfolgreichen Zusammenarbeit mit Christopher Pissarides und zeigte sich tief bewegt durch die Auszeichnung ihrer langjährigen gemeinsamen Forschungsarbeiten.

Gerard A. Pfann

Hans Eichel

Dale T. Mortensen

Freeman, Heckman, Jobatey, Eichel, Pissarides, Zimmermann

Christopher A. Pissarides, Dale T. Mortensen

Preisbegründung - IZA Prize in Labor Economics 2005

Der IZA Prize in Labor Economics 2005 geht an *Dale T. Mortensen* (Professor für Wirtschaftswissenschaften und Direktor des Programms „Mathematische Methoden in den Sozialwissenschaften" an der Northwestern University in Evanston, Illinois) und *Christopher A. Pissarides* (Professor für Wirtschaftswissenschaften und Direktor des Forschungsprogramms „Technologie und Wachstum" am Centre for Economic Performance der London School of Economics) in Würdigung ihrer hervorragenden Verdienste um die Analyse von Arbeitsmärkten mit Such- und Matching-Friktionen. Die umfangreiche Fachliteratur, die auf den elementaren Beiträgen der beiden Ökonomen zur Such- und Matching-Theorie basiert, ist ein Beleg für die Übertragbarkeit des Ansatzes von Mortensen und Pissarides auf die Erforschung friktionsbehafteter Märkte wie des Arbeits-, Heirats- oder Wohnungsmarkts. Die individuellen Beiträge der Preisträger wie auch ihre gemeinschaftliche Weiterentwicklung des dynamischen Gleichgewichtsmodells trugen gleichermaßen zum Erfolg der Suchtheorie in der Arbeitsmarktforschung auf individueller und gesamtwirtschaftlicher Ebene bei. Die von ihnen entwickelten Modelle, die heute zu den meistverwendeten in der Arbeits- und Makroökonomie zählen, haben die Erforschung der Arbeitslosigkeit als Marktgleichgewichtsphänomen und der konjunkturellen Dynamik des Arbeitsmarkts entscheidend vorangetrieben. Die Studien von Mortensen und Pissarides zum Suchverhalten auf dem Arbeitsmarkt und dem so genannten „Job-Matching" haben auch in der empirischen Fachliteratur deutliche Akzente gesetzt.

Dale Mortensen legte den Grundstein für die Analyse des individuellen Suchverhaltens von Arbeitnehmern. Der Ansatz seines Beitrags „Job Search, the Duration of Unemployment, and the Phillips Curve"(American Economic Review, 1970) erlaubte es erstmals, Arbeitsmarktfriktionen in Form von stochastisch auftretenden Matching-Möglichkeiten darzustellen und somit die Suche nach Stellen- und Lohnangeboten als kosten- und zeitintensiven Prozess zu modellieren, in dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber über unvollständige Informationen zum Preisgefüge auf dem Arbeitsmarkt verfügen. Diese wegweisende Studie interpretiert Arbeitslosigkeit als freiwillige Suchphase nach dem geeignetsten Arbeitsplatz mit bestmöglicher Entlohnung und hat das Verständnis von Arbeitslosigkeit revolutioniert. Mortensens Darstellung von Suchfriktionen in Form eines Zufallsprozesses, der das Aufeinandertreffen von möglichen Vertragspartnern beschreibt, hat nicht nur die Forschung zur Arbeitsplatzfluktuation, sondern auch zu zwischenmenschlichen Beziehungen in neue Bahnen gelenkt. Der gemeinsam mit Kenneth Burdett verfasste Artikel „Search, Layoffs and Labor Market Equilibrium" (Journal of Political Economy, 1980) erklärt durch freiwillige Jobsuche oder Entlassung herbeigeführte Arbeitslosigkeit als Gleichgewichtsphänomen und zeigt, inwieweit die Suchintensität und der Entscheidungszeitpunkt die Verteilung von Arbeitslosigkeitsphasen beeinflusst. Mortensens Beitrag „Property Rights and Efficiency in Mating, Racing and Related Games" (American Economic Review, 1982) beweist die Existenz eines effizienten Gleichgewichts in bilateralen Suchmodellen, das dann entsteht, wenn die gesamte durch das Matching generierte Rente dem aktiven Agenten im Suchprozess zufällt. In seinem Artikel „Wage Differentials, Employer Size and Unemployment" mit Kenneth Burdett (International Economic Review, 1998) demonstriert er anhand eines Suchmodells die Entstehung von Lohnspreizung aufgrund von a priori festgelegten Lohnangeboten durch die Unternehmen.

Christopher Pissarides hat mit seiner Studie „Job Matching with State Employment Agencies and Random Search" (Economic Journal, 1979), in der er die Matching-Funktion zur Erforschung der Gleichgewichtsarbeitslosigkeit nutzte, entscheidende Neuerungen im Hinblick auf die makroökonomischen Implikationen des dynamischen Ansatzes zur Arbeitsmarktanalyse geliefert. Die Matching-Funktion stellt einen funktionalen Zusammenhang zwischen dem Strom neu geschaffener Beschäftigungsverhältnisse einerseits und den Arbeitsuchenden, reflektiert durch die Arbeitslosenzahl, sowie dem Einstellungsverhalten von Unternehmen, reflektiert durch die Zahl von Stellenangeboten, andererseits her. Sie illustriert somit, wie Friktionen ein sofortiges Aufeinandertreffen von passenden Vertragspartnern verhindern und hat sich als besonders wirksames Instrument zur Modellierung zweiseitiger Suchfriktionen aufgrund von unvollständiger Information erwiesen. Pissarides entwickelte das Matching-Modell, das heute in der makroökonomischen Erforschung unvollständiger Arbeitsmärkte führend ist, in nachfolgenden Studien zur Dynamik der Gleichgewichtsarbeitslosigkeit weiter. Sein Artikel „Short-Run Equilibrium Dynamics of Unemployment, Vacancies, and Real Wages" (American Economic Review, 1985) betont die Auswirkungen zyklischer Produktivitätsschwankungen auf Stellenausschreibungen und Anpassungsdynamiken des Arbeitsmarkts im Hinblick auf Arbeitslosigkeit und Löhne. Der Artikel legt dar, warum Stellenangebote schneller und stärker auf Schocks reagieren als die Arbeitslosenrate, dass Veränderungen des Reallohns Schwankungen der Produktionsleistung nur unzureichend widerspiegeln und die Arbeitslosenrate schneller auf negative als auf positive Schocks reagiert. Seine Studie „Search Unemployment with On-the-job Search" (Review of Economic Studies, 1994) liefert neue Erkenntnisse zum Matching-Ansatz, die sich durch Berücksichtigung der Jobsuche aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus ergeben. Mit seinem Lehrbuch Equilibrium Unemployment Theory (1990, 2000) hat Pissarides ein Standardwerk des Fachbereichs verfasst.

Gemeinsam arbeiteten Dale Mortensen und Christopher Pissarides an Modellen, die das Arbeitssuchmodell um die beiden von ihnen zuvor geschaffenen Forschungsansätze bereicherten. Ihre Gemeinschaftsarbeit „Job Creation and Job Destruction in the Theory of Unemployment" (Review of Economic Studies, 1994) entwickelt das berühmte Mortensen-Pissarides-Modell der Gleichgewichtsarbeitslosigkeit. Dieser Ansatz hat die theoretischen Arbeiten des vergangenen Jahrzehnts maßgeblich beeinflusst, insbesondere da er die Interdependenzen zwischen konjunkturellen Schwankungen und Arbeitsmarktfluktuationen modelliert. Zugleich ist es flexibel genug, verschiedene Mechanismen der Lohnbildung zu berücksichtigen - von individuellen Lohnverhandlungen über Tarifverhandlungen bis hin zu Effizienzlöhnen und Lohnfestlegung durch die Unternehmen. Das Modell eignet sich ebenfalls zur Evaluation von Arbeitsmarktpolitik, wie Mortensen und Pissarides in ihrem Artikel „Unemployment Responses to 'Skill-Biased' Technology Shocks: The Role of Labour Market Policy" (Economic Journal, 1999) eindrucksvoll belegen. In diesem Beitrag zeigen sie, dass wissensspezifische Technologieschocks erklären können, warum und inwieweit verschiedene Systeme der Arbeitslosenversicherung und des Kündigungsschutzes zu unterschiedlichen Beschäftigungs- und Lohneffekten führen.

Dale Mortensen und Christopher Pissarides haben die Quintessenz ihrer Ideen und der darauf aufbauenden Literatur zum Such- und Matching-Modell in zwei Artikeln zusammengefasst, die den Wissenschaftlern des Fachbereichs als wichtige Forschungsgrundlage dienen: „Job Reallocation, Unemployment Fluctuations and Unemployment Differences" (in Handbook of Macroeconomics, 1999) konzentriert sich auf die gesamtwirtschaftlichen Implikationen des dynamischen Suchmodells, während „New Developments in Models of Search in the Labor Market" (in Handbook of Labor Economics, 1999) die Auswirkungen persönlicher Suchentscheidungen auf individueller Ebene beleuchtet.

Der IZA Prize in Labor Economics 2005 würdigt die wegweisenden Arbeiten dieser kreativen Ausnahmewissenschaftler, die sowohl die theoretische als auch die empirische Arbeitsmarktforschung revolutioniert haben.

IZA Prize Committee

Prof. Dr. George A. Akerlof
University of California, Berkeley
Prof. Dr. Richard Portes
London Business School; CEPR
Prof. Dr. Joseph E. Stiglitz
Columbia University, New York
Prof. Dr. Armin Falk
IZA; University of Bonn
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
IZA; University of Bonn

Erfolgreicher Auftakt-Workshop zu Migration und Integration im Rahmen eines Großprojekts der VolkswagenStiftung

Die VolkswagenStiftung bewilligte im Dezember 2004 für die nächsten drei Jahre fünf Millionen Euro für acht „Studiengruppen zu Migration und Integration". Ziel dieser Initiative der VolkswagenStiftung ist die konstruktive Begleitung unausweichlicher gesellschaftlicher Internationalisierungsprozesse durch integrationspolitisch relevante Forschungsprojekte. Als eine der Studiengruppen startete das IZA im April 2005 ein Projekt zu Fragen der „Economics and Persistence of Migrant Ethnicity" (www.iza.org/ethnicity). Dabei geht es insbesondere darum, Einflussgrößen zu identifizieren, die für den Erfolg oder Misserfolg von Zuwanderern in Wirtschaft und Gesellschaft ausschlaggebend sind.

Ein besseres Verständnis der durch ethnische Vielfalt entstehenden Kosten- und Nutzeneffekte ist gerade vor dem Hintergrund der Globalisierung, des zunehmenden demographischen Wandels und der vielerorts angespannten Wirtschaftslage von besonderer Bedeutung.

Zentrales Ziel des IZA-Projektes ist es, die wesentlichen Ursachen für eine erfolgreiche Verankerung von Einwanderern in der Gesellschaft zu bestimmen, wofür die Übernahme der Staatsbürgerschaft, Eheschließungen zwischen Migranten und Inländern und die unternehmerische Selbstständigkeit von Migranten als wichtige Indikatoren dienen. Ferner soll das „ethnische Kapital" evaluiert werden, das auf spezifischen Kenntnissen, Fähigkeiten und Beziehungen der Zuwanderer beruht. Die Projektgruppe des IZA steht unter der Leitung von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und IZA Senior Research Associate *Amelie Constant*. Auch *Barry R. Chiswick*, IZA-Programmdirektor für Migration (University of Illinois, Chicago) und IZA Research Fellow *Don J. DeVoretz* (Simon Fraser University, Burnaby, Canada) gehören dem Führungsteam an.

Am 6. und 7. Oktober veranstaltete die VolkswagenStiftung in Berlin ihren ersten Workshop zum Thema „Migration und Integration", organisiert vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und der Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI). Der Workshop befasste sich mit Fragen der interdisziplinären Migrationsforschung, theoretischen und methodischen Forschungsansätzen und der Anwendbarkeit wissenschaftlicher Ergebnisse auf die gegebenen Realitäten von kulturell und ethnisch unterschiedlichen Gesellschaften. Er bot darüber hinaus ein Diskussionsforum auch im Hinblick auf eine weitergehende Kooperation bei der Untersuchung von Migrationsthemen, zwischen VolkswagenStiftung, den von ihr finanzierten Studiengruppen und weiteren externen Fachleuten.

Das IZA war in Berlin mit *Klaus F. Zimmermann*, *Amelie Constant* und Research Affiliate *Holger Stichnoth* vertreten und stellte sein Projekt „Economics and Persistence of Migrant Ethnicity" sowie dessen Forschungsschwerpunkte (Einbürgerung, interethnische Eheschließungen, Unternehmertum von Zuwanderern und Messung von ethnischem Kapital) vor. Die übrigen Arbeitsgruppen präsentierten ihre Untersuchungen zu den Themen: „Cultural Capital in Migration", „Diversity, Integration, and the Economy", „Home Start before School Start", „Individual Integration Efforts and Societal Preconditions for the Integration of Immigrant Youth in Germany and Switzerland", „The Integration of the Second-Generation of Migrants in Several European Countries", „Cultural Diversity in the Health Care System", and „Migrants in the Organizations of Law and Order".

Der Workshop endete mit einer ergiebigen Diskussion zwischen Vertretern der VolkswagenStiftung, den von ihnen geförderten Studiengruppen und Fachleuten anderer Organisationen, die sich den Herausforderungen, Problemen und Chancen von Integration und ethnischer Vielfalt widmen. Der Diskussionsverlauf machte die Wichtigkeit einer intensiven Zusammenarbeit sowohl innerhalb der Studiengruppen als auch zwischen Wissenschaft und Praxis deutlich. Auf diese Weise sind wichtige Synergieeffekte zu erwarten, die im Interesse zielführender, praxisrelevanter Projektergebnisse nutzbar gemacht werden sollen. Die Teilnehmer vereinbarten eine Reihe weiterer Workshops und Konferenzen zum Ausbau dieser ambitionierten Forschungskooperation.

Nähere Informationen zu diesem Projekt der VolkswagenStiftung, den einzelnen Studiengruppen und dem Programm des Auftakt-Workshops finden sich auf der vom IZA eigens eingerichteten Homepage:

http://www.migration-integration.de

VolkswagenStiftung

Klaus F. Zimmermann

Amelie Constant

Barry R. Chiswick

Don J. DeVoretz

Neu: Datenservicezentrum und Fernrechenangebote des IZA

Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts hat das IZA ein umfangreiches virtuelles Datenservicezentrum aufgebaut, das erstmals eine gezielte und umfangreiche Suche nach für die Arbeitsökonomie relevanten Datensätzen ermöglicht und kontinuierlich erweitert werden wird. In der vom IZA erstellten "Meta-Datenbank" sind bislang 10 der wichtigsten Datensätze zur Arbeitsmarktforschung (darunter u.a. das European Community Household Panel, der deutsche Mikrozensus, das deutsche Sozio-oekonomische Panel und der European Labor Force Survey) technisch und inhaltlich standardisiert recherchierbar. So ist erstmals eine gezielte Suche nach Fragen und Variablen möglich, deren Änderungen im Zeitablauf ebenfalls dokumentiert sind. Ferner werden allgemeine Informationen etwa zu den Bezugsbedingungen der Datensätze wie auch spezielle inhaltliche Angaben zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass vormals nur auf Deutsch verfügbare Dokumentationen ins Englische übersetzt wurden, um sie einer breiteren Forschergemeinde zugänglich zu machen.

Neben diesem frei verfügbaren Service haben autorisierte Forscher nun die Gelegenheit, ausgewählte Datensätze mittels eines kontrollierten Fernrechensystems zu analysieren. Hierzu werden die Analyseaufträge in allen gängigen Formaten online oder per E-Mail ans IZA übermittelt, wo die Berechnungen umgehend durchgeführt und die Ergebnisse an den Forscher zurückgesandt werden. Für die Arbeitsökonomie steht damit ein einzigartiger neuer Service zur Verfügung.

http://metadata.iza.org

Drittes Arbeitstreffen des **DFG-Schwerpunktprogramms am IZA**

„Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten"

Am 6. und 7. Oktober 2005 trafen sich etwa 50 Vertreter der 18 Teilprojekte des DFG-Schwerpunktprogramms „Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten" zu einem der halbjährlichen Arbeitstreffen. Das Schwerpunktprogramm startete im Sommer 2004. Die Erforschung von Flexibilisierungspotenzialen erlangt im Zuge der fortschreitenden Globalisierung eine zunehmende Bedeutung. Das vorrangige Ziel des Schwerpunktprogramms besteht darin, die historisch gewachsenen und institutionell bedingten Starrheiten auf dem Arbeitsmarkt daraufhin zu durchforsten, ob und in welchem Umfang deren Abbau möglich und notwendig ist.

Unter der Leitung der IZA-Direktoren *Klaus F. Zimmermann*, *Armin Falk* und *Hilmar Schneider* beschäftigt sich das IZA im Rahmen eines Teilprojekts mit dem „Workfare-Konzept". Das deutsche System der sozialen Mindestsicherung in Form von Arbeitslosen- und Sozialhilfe generiert implizite Mindestlöhne und somit negative Anreizwirkungen auf das Arbeitsangebot im unteren Einkommensbereich. Ökonomisch lässt sich dieses Anreizproblem lösen, indem erwerbsfähige Transferberechtigte die ihnen zuerkannte Grundsicherung nur dann in vollem Umfang erhalten, wenn sie im Gegenzug eine Beschäftigung annehmen (Workfare). Im Vergleich zum Status Quo erhöht dies die Attraktivität einfach entlohnter Tätigkeiten mit einem Einkommen oberhalb des Mindesteinkommens. Workfare stellt somit ein wichtiges Instrument zur Erschließung des Niedriglohnsektors und damit zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes dar. Gleichwohl stößt das Konzept auf gesellschaftspolitischen Widerstand. Dies ist insofern problematisch, als fehlende gesellschaftliche Akzeptanz eine mögliche Restriktion für ein ökonomisch sinnvolles Konzept darstellt. Ziel dieses Projekts ist es deshalb erstens, die Anreizwirkungen von Workfare empirisch zu evaluieren. Hierbei werden sowohl Felddaten aus einem Pilotprojekt in zwei Berliner Arbeitsamtsbezirken als auch Daten aus Laborexperimenten verwendet. Zweitens werden Experimente durchgeführt, die Aufschluss über die Akzeptanz von Workfare geben.

IZA-Direktor in die Beratergruppe **Group of Societal Policy Analysis** berufen

Zimmermann berät Präsidenten der EU-Kommission

IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* ist in die Beratergruppe Group of Societal Policy Analysis (GSPA) des Bureau of European Policy Advisors (BEPA) berufen worden. Am 6. Oktober 2005 traf sich die GSPA erstmals in Brüssel, um unter dem Vorsitz des EU-Kommissionspräsidenten *José Manuel Barroso* über die Nachhaltigkeit der europäischen Sozialmodelle zu diskutieren.

Die Group of Societal Policy Analysis ist eine der drei neu gegründeten Beratergruppen des BEPA und befasst sich unter anderem mit den Themen Arbeitsmarkt und Sozialreformen in den EU-Mitgliedsstaaten sowie Wissenschaft, Technologie, Europäische Werte und Kultur.

Als eine Abteilung der Europäischen Kommission ist das Bureau of European Policy Advisors direkt dem Kommissionspräsidenten unterstellt und berät diesen und andere Kommissionsmitglieder auf den Feldern Ökonomie, Politik und Gesellschaft. Die Empfehlungen des BEPA sind dabei richtungsweisend und konzentrieren sich darauf, perspektivisch Politikoptionen für die Kommission und den Präsidenten zu erarbeiten. Zu diesem Zweck wird Zimmermann als unabhängiger und international renommierter Wissenschaftler zusammen mit anderen angesehenen Experten die GSPA unterstützen.

Klaus F. Zimmermann

Kann der Privatsektor adäquate soziale Sicherung leisten?

Im Jahr 2001 beliefen sich die Staatsausgaben in den OECD-Ländern auf durchschnittlich 43% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Über die Hälfte der öffentlichen Mittel entfielen dabei in nahezu allen Ländern auf Sozialausgaben. Angesichts hoher Haushaltsdefizite und alternder Gesellschaften wird der Ruf nach einschneidenden Reformen der sozialen Sicherung und ihrer Finanzierung lauter.

Eine allgemeine Kürzung der Sozialausgaben wäre politisch kaum durchsetzbar und in vielen Fällen auch nicht wünschenswert. Als mögliche Alternative könnten – nach dem Vorbild zahlreicher erfolgreicher Privatisierungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten – Teile des sozialen Sicherungssystems in den Privatsektor verlagert werden. Ob die Finanzierung von Sozialleistungen in privater Hand gut aufgehoben wäre, untersucht ein aktuelles IZA-Diskussionspapier von *Mark Pearson* (OECD) und *John P. Martin* (OECD und IZA). Auf der Grundlage von neuen Erkenntnissen aus OECD-Studien stellen die Autoren die gegenwärtige Höhe der Sozialausgaben in verschiedenen Ländern dar und analysieren die vermeintlichen Vorteile eines privat finanzierten Sozialversicherungssystems. Ihr besonderes Augenmerk gilt dabei den bisherigen Praxiserfahrungen mit privaten Sozialausgaben in den Bereichen Kranken- und Rentenversicherung sowie Kinderbetreuung und Altenpflege (↳*M. Pearson / J. Martin, Should We Extend the Role of Private Social Expenditure?, IZA Discussion Paper No. 1544*).

Die Bedeutung öffentlicher und privater Sozialausgaben

Aufgrund der Fälligkeiten im System der Sozialversicherung – vor allem im Bereich der Altersrente – und der Ausweitung von Sozialleistungen zwischen 1960 und 1980 haben sich die sozialen Aufwendungen der öffentlichen Hand in fast allen OECD-Staaten seither verdoppelt. Ende der 1990er Jahre betrugen die öffentlichen Sozialausgaben durchschnittlich 21% des BIP innerhalb der OECD und 24% innerhalb der EU. Die demographische Entwicklung wird insbesondere die Renten- und Gesundheitsausgaben weiter in die Höhe treiben. Sollte ein nachhaltiger wirtschaftlicher Aufschwung ausbleiben, wird die Politik andere Wege zur Stabilisierung der Sozialausgaben gehen müssen.

Neben Leistungskürzungen und -beschränkungen besteht die Option einer zunehmenden Privatisierung von Sozialversicherungsleistungen. Bislang kommt jedoch der Staat weiterhin für den Großteil der sozialen Sicherung auf. Der öffentliche Anteil an den Sozialausgaben beträgt in den meisten europäischen Ländern rund 95%. Ausgeprägter ist die Bedeutung privater Vorsorge in Staaten, die nur in begrenztem Maße öffentliche Leistungen anbieten. Im gesamten Gebiet der OECD haben die privaten Sozialausgaben seit 1990 zwar zugenommen, doch mit Ausnahme der USA und der Niederlande war dieser Anstieg eher gering.

Theoretische Auswirkungen der Privatisierung

Ein Kernargument für eine stärkere Berücksichtigung des privaten Sektors zur Bereitstellung und Finanzierung von Sozialleistungen sind die dadurch erzielbaren Effizienzgewinne. Demzufolge macht das gegenwärtige Sozialversicherungssystem die tatsächlichen Sozialversicherungskosten nicht hinreichend transparent, da Arbeitnehmer lediglich ihren eigenen Versicherungsanteil wahrnehmen. Durch die Verschleierung der wahren Kosten können Sozialleistungen über ihr optimales Niveau hinaus ausgeweitet werden, was zu einer höheren Abgabenbelastung führt und sich somit nachteilig auf Beschäftigung und Wachstum auswirkt. Der Privatsektor hingegen gilt allgemein als transparenter hinsichtlich der Offenlegung von Kosten und Leistungen. Doch auch innerhalb eines öffentlich finanzierten und geführten Systems lässt sich die Kostentransparenz durch geeignete Maßnahmen erhöhen. In den Niederlanden etwa wurden zu diesem Zweck die Sozialversicherungsbeiträge ganz auf die Arbeitnehmerseite abgewälzt, die dafür durch höhere Bruttolöhne kompensiert wurde.

Darüber hinaus argumentieren die Befürworter der Privatisierung, dass eine Stärkung der privaten Vorsorge die Finanzmärkte in erhöhtem Maße involviere. Daraus ließen sich gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsgewinne ableiten, da mehr Sparkapital für Investitionen genutzt werden könne. So würde eine Senkung der gesetzlichen Rente zu vermehrter privater Altersvorsorge animieren, wodurch Investitionen und folgerichtig das Wachstum steigen würde. Dennoch ist gerade für die private Altersvorsorge eine Verringerung des Kapitalmarktrisikos durch Diversifikation der Investitionen besonders wichtig. Der Preis für dieses Ziel sind aber geringere erwartete Rückflüsse aus der Versicherung, was eine Privatisierung der Altersvorsorge weniger zwingend erscheinen lässt. Auch gibt es Hinweise, dass positive Effekte nur in einem angemessenen regulatorischen Rahmen erreicht werden könnten. Danach müssten finanzielle Verluste vermieden werden und das gesellschaftliche Interesse, dass die Qualität der Leistungen nicht privatwirtschaftlichen Kostensenkungs- oder Marketingstrategien zum Opfer fällt, garantiert bleiben.

Es ist folglich schwierig, aus rein theoretischer Sicht Argumente dafür zu liefern, dass der Großteil der Sozialausgaben entweder öffentlich oder privat finanziert werden sollte. Es ist eher eine empirische Frage, die sich darum dreht, ob es möglich ist, ein regulatorisches Paket zu schnüren, das sowohl das berechtigte öffentliche Interesse an sozialer Sicherheit gewährleistet als auch jene privatwirtschaftlichen Aspekte stärkt, die mehr Effizienz und Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Leistungen schaffen können. Diese Aspekte beziehen sich auf wirkliche Vorteile der privaten Versorgung wie der Flexibilität von Produkten und Verfahren sowie der Effizienz auf administrativer Ebene. Der öffentliche Sektor ist hingegen zur Förderung von Innovationen und Neuheiten nicht besonders geeignet. Regierungen sind von sich aus risikoavers, und Innovationen bringen zwangsläufig eine Misserfolgswahrscheinlichkeit mit sich. Das Profitmotiv des privaten Sektors ist darüber hinaus ein starkes Instrument zur Kostensenkung, um auf administrativer Ebene Effizienzsteigerungen zu erreichen, auch wenn hier Regulierung notwendig ist, damit private Versorgung „brauchbar" wird. Theoretisch kann die private Bereitstellung von Sozialleistungen zu mehr Effizienz und zu Wohlfahrtsgewinnen für Individuen und die Gesellschaft als ganzes führen, was aber nicht zwangsläufig der Fall sein muss.

Praktische Erfahrungen mit Privatisierung

Verschiedene OECD-Staaten haben unterschiedliche Erfahrungen mit Privatisierung im Hinblick auf Reformen der Sozialversicherungssysteme gemacht. Es gibt wenig Zweifel, dass in der privaten Krankenversicherung (PKV) Wohlfahrtsgewinne durch die Stärkung von individuellen Wahlmöglichkeiten und Innovationen erreicht werden können, obgleich dies auch signifikante Risiken beinhaltet. Beispielsweise haben Versicherer einen Anreiz, sich „gute" Risiken in Form von jungen, gesunden Individuen „herauszupicken" und „risikoreiche" Individuen preislich vom Markt zu verdrängen. Regulierungen zur Beseitigung dieser Anreize wurden in einigen Ländern eingeführt, wo die PKV von Bedeutung ist (z.B. Australien, Irland, Niederlande

und Schweiz), was die Probleme teilweise entschärfte. Ein solcher Ansatz verringert jedoch unweigerlich den Rahmen, in dem private Versicherer auf die individuellen Bedürfnisse reagieren und innovative Leistungspakete anbieten können. Ferner verursacht die PKV höhere administrative Kosten. Diese können in der Theorie zwar durch gesteigerte Effizienz ausgeglichen werden, die bisherigen Erfahrungen (z.B. aus den USA) zeigen aber, dass die PKV das Wachstum der Gesundheitsausgaben nicht wirksam begrenzen konnte.

Nicht einfach zu garantieren sind Absicherung und Adäquanz privater Rentenversicherungen. Dies resultiert aus einem grundlegenden Dilemma: Einerseits versuchen politische Entscheidungsträger durch Verlagerung von Verantwortung in den privaten Sektor mehr Flexibilität in das gegenwärtige Rentenversicherungssystem zu bringen; andererseits können Absicherung und Adäquanz privater Versicherungsverträge nicht ohne ein hohes Maß an Zwang und Regulierung gewährleistet werden. Zur Umgehung von Regulierungsmaßnahmen bieten manche Länder ihren Arbeitnehmern steuerliche Anreize zur Stärkung der privaten Altersvorsorge. Diese Vergünstigungen sind aber eine erhebliche Belastung der öffentlichen Haushalte. Die richtige Balance zwischen angemessener Regulierung, dem Schutz von Rentenansprüchen und einem notwendigen Maß an Flexibilität der privaten Versorgung zu finden, stellt eine beachtliche Herausforderung für die politischen Entscheidungsträger dar, auf die kein Land bisher eine geeignete Antwort gefunden hat.

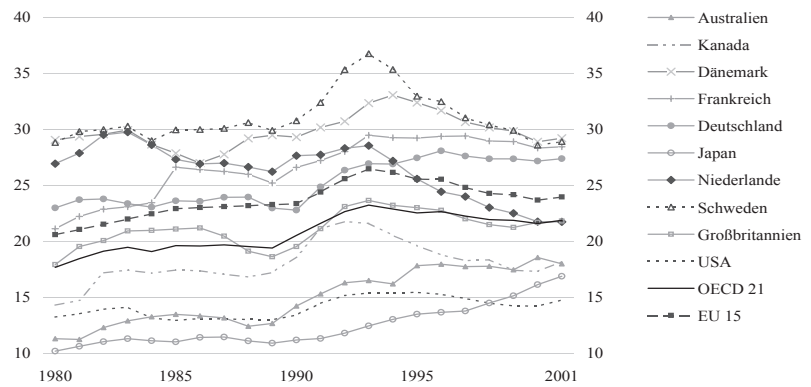
Die Bereitstellung von Kinderbetreuung und Altenpflege ist von zunehmender Bedeutung und führt zu einer steigenden Nachfrage nach Betreuungseinrichtungen. Ob dies öffentliche Einrichtungen, private gemeinnützige Institutionen oder private Firmen sein sollten, spielt für Leistungsanbieter eine wichtige Rolle, denn eine größere Unabhängigkeit von politischen Interessen könnte mehr Flexibilität und eine Fokussierung auf die Qualität und Kosten der angebotenen Leistungen bringen. Allerdings könnte das Profitmotiv privater Firmen Anreize zur Kostensenkung schaffen, die zu stark und für Betreuungsdienstleistungen kontraproduktiv sind. Neben der Rechtsform der Anbieter sind aber andere Aspekte wie die Einführung von Wettbewerb in diesem Bereich und die Ausweitung der Wahlmöglichkeiten von Verbrauchern von besonderer Bedeutung. Letztere sind sehr effektiv, um die Aufmerksamkeit von Leistungsanbietern für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Verbraucher zu wecken. Diese Flexibilität führt dann wiederum zu einer größeren Zufriedenheit der Verbraucher. Wettbewerb und weniger statische Finanzierungsformen könnten ferner eine schnellere Umstrukturierung von Leistungs- und Kapazitätsanpassungen, als Antwort auf veränderte Nachfrage und Pflegebedürfnisse, erleichtern. Erneut scheint hier der Schlüssel in der Herausbildung angemessener Regulierungen für die Bereitstellung von Betreuungsleistungen zu liegen. Es ist daher für die einzelnen Länder von höchster Priorität, laufende Reformen in diesem Sektor zu untersuchen und die jeweiligen Lehren daraus zu ziehen.

Privatisierung ist kein Allheilmittel

Gegenüber den häufig propagierten positven gesamtwirtschaftlichen Effekten einer stärkeren Berücksichtigung des privaten Sektors zur Finanzierung und Bereitstellung von sozialer Sicherheit ist Skepsis angebracht. Sozialleistungen verzehren einen beträchtlichen Anteil des wirtschaftlichen Wachstums. Eine reine Verschiebung in den privaten Sektor senkt jedoch nicht automatisch die Belastung. Die Gesellschaft wünscht eine qualitativ hochwertige Bereitstellung von sozialer Absicherung und wird dementsprechend Mittel dafür verwenden, wenn nicht durch ein Steuersystem, dann durch Alternativen der Privatwirtschaft. Während private Versorgung möglicherweise strukturelle Probleme lösen und Wachstum fördern könnte, gibt es oftmals auch andere Wege, um diese Ziele zu erreichen. In vielen Fällen ist ein reformiertes gesetzliches Sozialversicherungssystem besser zur Lösung der Probleme geeignet als ein unausgereiftes privates System.

Allgemeiner Anstieg der öffentlichen Sozialausgaben von 1980 bis 2001

Öffentliche Sozialausgaben von 1980 bis 2001, in Prozent des BIP

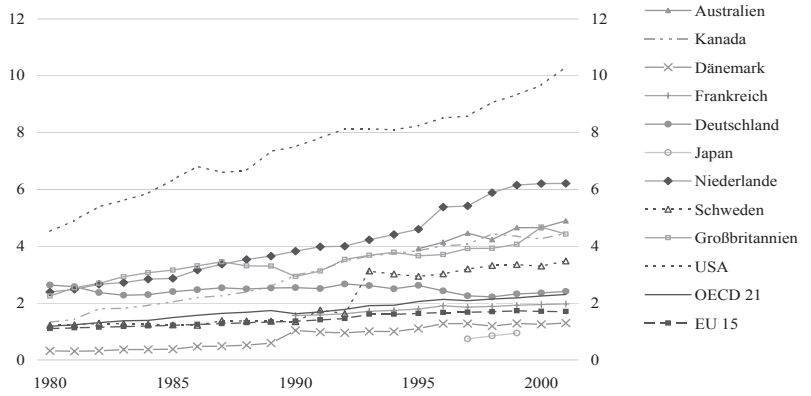


Quelle: OECD(2004), Provisional version of OECD Social Expenditure, www.oecd.org/els/social/expenditure

© IZA - 2005

Private Sozialausgaben seit 1990 gestiegen

Obligatorische und freiwillige private Sozialausgaben 1980 bis 2001, in Prozent des BIP



Quelle: OECD(2004), Provisional version of OECD Social Expenditure, www.oecd.org/els/social/expenditure

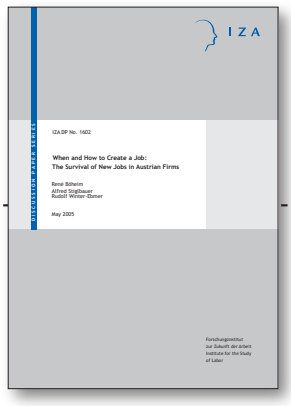
© IZA - 2005

Begünstigen nachteilige makroökonomische Rahmenbedingungen den Fortbestand neuer Arbeitsverhältnisse?

Bei der Verwendung von öffentlichen Mitteln zur Arbeitsförderung stellt sich mitunter die grundsätzliche Frage, ob es lohnenswerter ist, in die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze zu investieren oder Firmenneugründungen zu unterstützen. Die Ergebnisse eines aktuellen IZA-Diskussionspapiers sprechen für die zweite Alternative. *René Böheim* (Universität Linz und IZA), *Alfred Stiglhauer* (Oesterreichische Nationalbank) und *Rudolf Winter-Ebmer* (Universität Linz, Institut für Höhere Studien Wien, CEPR und IZA) befassen sich mit der Stabilität von Arbeitsverhältnissen und zeigen, dass der Fortbestand neu geschaffener Stellen von (i) der konjunkturellen Lage zur Zeit der Neueinstellung, (ii) der Anzahl der geschaffenen Stellen und (iii) dem Unternehmensalter abhängt.

Die Studie stützt sich auf einen umfangreichen Datensatz über einen Zeitraum von 21 Jahren, in dem der Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger die Beschäftigten des Privatsektors sowie sämtliche Angestellten des öffentlichen Dienstes erfasst hat. Anhand dieser Daten untersuchen die Autoren den Zusammenhang zwischen der konjunkturellen Lage und der Dauerhaftigkeit neu geschaffener Arbeitsplätze mittels der so genannten Hazard-Rate, die die Wahrscheinlichkeit des Arbeitsplatzverlustes widerspiegelt.

Betrachtet man die mit Unternehmensexpansionen verbundenen Neueinstellungen, so kann der Fortbestand dieser Jobs als Indikator für die Dauerhaftigkeit der gesamten Kapazitätserweiterung des Betriebes dienen, auch wenn bestimmte Arbeitsprozesse aufgrund von Lerneffekten langfristig weniger Arbeitskräfte erfordern.



René Böheim
Alfred Stiglbauer
Rudolf Winter-Ebmer

When and How to Create a Job: The Survival of New Jobs in Austrian Firms

IZA Discussion Paper No. 1602
ftp://ftp.iza.org/dps/dp1602.pdf

Größerer Umfang von Stellenschaffungen erhöht die Beschäftigungsdauer

Aus der Theorie der dynamischen Arbeitsnachfrage und Vergleichen mit der Investitionstheorie (etwa zu Art und Umfang der Anpassungs- und Opportunitätskosten von Investitionen) lassen sich Ansatzpunkte für die Ermittlung der Produktivität von Kapazitätserweiterungen gewinnen. Der Analyse zufolge gehen für bestehende Betriebe relativ umfangreiche Expansionen mit vergleichsweise stabilen neuen Arbeitsverhältnissen einher, wobei der quantitative Effekt eher gering ausfällt. Für neue Betriebe lässt sich kein eindeutiger Effekt feststellen: Bei umfangreichen Kapazitätserweiterungen ist jede erste neu geschaffene Arbeitsstelle im Vergleich zu einer entsprechenden Stelle bei geringerer Expansion eher unbeständig. Der Gesamteffekt für die Stabilität aller Stellen ist hingegen deutlich positiv. Das umgekehrte Bild ergibt sich bei wieder eröffneten (also weder neuen noch dauerhaft bestehenden) Betrieben: Hier verkürzen umfangreiche Stellenneuschaffungen die Dauer eines durchschnittlichen Arbeitsverhältnisses.

Insgesamt jedoch sind größere Betriebserweiterungen im Hinblick auf den Stellenfortbestand als erfolgreicher zu werten, da die Gruppe der wieder eröffneten Betriebe nur einen geringen Anteil an der Gesamtzahl neuer Stellen ausmacht. Darüber hinaus zeigt sich, dass ein einzelner neu geschaffener Job besonders gefährdet ist, während die durchschnittliche Beschäftigungsdauer mit der Gesamtzahl neu eingerichteter Arbeitsverhältnisse steigt.

Stellenneuschaffungen bei schwacher Konjunktur sind dauerhafter

Neben dem Ausmaß der Betriebserweiterung kommt auch ihrem Zeitpunkt im Konjunkturverlauf eine entscheidende Bedeutung zu. Während sich Neueinstellungen und Stellenabbau eindeutig pro- bzw. antizyklisch verhalten, sind die konjunkturellen Eigenschaften der Arbeitsplatzreallokation (also der Summe aus Arbeitsplatzschaffung und -vernichtung) weniger deutlich. Die bei der Neuschaffung von Arbeitsplätzen vorherrschende konjunkturelle Lage weist einen starken statistischen Zusammenhang zur Bestandsdauer dieser Stelle auf. Zwar liegt die Vermutung nahe, dass in Zeiten eines Aufschwungs geschaffene Stellen dauerhafter sein müssten, da die Unternehmen in dieser Situation von einer vorteilhaften Nachfragesituation profitieren. Doch zugleich verleiten niedrige Zinsen zur Durchführung „riskanterer" Investitionsprojekte und erhöhen so den Wettbewerbsdruck bestehender Firmen – zu Lasten der Arbeitsplatzsicherheit. Eine Arbeitsstelle ist demnach dauerhafter, wenn sie in Zeiten eines wirtschaftlichen Abschwungs entstanden ist. Hier wirkt sich insbesondere die sektor-spezifische Arbeitslosenquote aus, bei deren Erhöhung um 1% mit einem positiven Effekt von 1-5% auf den Fortbestand neuer Jobs zu rechnen ist. Demgegenüber hat die regionale Arbeitslosenquote keinerlei Einfluss auf den Fortbestand neu geschaffener Stellen.

Die konjunkturellen Auswirkungen auf den Fortbestand neuer Jobs könnten auch auf die Qualität der Betriebserweiterung zurückzuführen sein. So führt ein ungünstiger Realzins in konjunkturschwachen Zeiten dazu, dass lediglich die aussichtsreichsten Investitionsprojekte zum Abschluss kommen. Gleichzeitig ist das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Arbeitsuchenden höher als in Boom-Zeiten. Aber auch die Eigendynamik des Konjunkturverlaufs spielt eine Rolle: Nach Neueinstellungen während einer Rezession werden sich die wirtschaftlichen Bedingungen in absehbarer Zeit verbessern, während bald nach der Schaffung neuer Stellen in Aufschwungsphasen mit einer Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation zu rechnen ist. Der Vergleich zeigt, dass neue Arbeitsverhältnisse eine deutlich größere Überlebenschance haben, wenn sie in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit entstanden sind.

Arbeitsplätze in neuen Betrieben sind sicherer

Darüber hinaus haben die strukturellen Eigenschaften neu geschaffener Stellen einen starken Einfluss auf ihre Stabilität. So sind Arbeitsplätze in neuen Firmen tendenziell dauerhafter, insbesondere wenn sie mit Arbeitnehmern zwischen 25 und 50 Jahren, Frauen bzw. Angestellten besetzt werden. Sind die Neubeschäftigten hingegen über 50 Jahre alt, ist die Wahrscheinlichkeit des Fortbestandes des Arbeitsplatzes um 7% geringer, bei unter

25-Jährigen sogar um 22% geringer. Wird die neue Stelle mit einer Frau besetzt, ist sie durchschnittlich um 16% sicherer als bei männlichen Beschäftigten. Für bereits etablierte Unternehmen lassen sich ähnliche Effekte nachweisen.

Für eine gezielte Arbeitsförderung ist es von Bedeutung, ob Arbeitsplätze in neu gegründeten oder in bestehenden Firmen eine höhere Bestandschance haben. Ein Großteil neuer Arbeitsplätze entsteht durch Firmenneugründungen. Je älter das Unternehmen, desto weniger dauerhaft sind Neueinstellungen. Mit steigendem Unternehmensalter verringert sich die Bestandschance neu geschaffener Stellen um ca. 2% pro Jahr. Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit, dass neu geschaffene Stellen wieder abgebaut werden, in neuen Betrieben etwa 45% geringer als in bestehenden Betrieben.

Arbeitsplätze schaffen - wann und wie?

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich die folgenden Politikempfehlungen ableiten:

Da von neuen Betrieben geschaffene Arbeitsplätze deutlich dauerhafter sind als neue Stellen in bestehenden Betrieben, sollte der Abbau von Markteintrittsbarrieren ein Kernziel der Arbeitsförderung sein. In jedem Fall sollte die Förderung von Neugründungen Vorrang vor der Subventionierung bestehender Unternehmen haben, zumal sich Start-ups meist auf Zukunftsbranchen, etwa den Dienstleistungssektor, konzentrieren, in denen die Bestandsdauer von neuen Arbeitsplätzen gerade für Hochqualifizierte durchschnittlich um fast 50% länger ist als in bereits etablierten Unternehmen.

Da Neueinstellungen in Boom-Zeiten aufgrund weniger gezielter Kapazitätserweiterungen und eines knapperen Arbeitskräfteangebots tendenziell von kürzerer Dauer sind, könnten aktive Maßnahmen zur Dämpfung des Konjunkturzyklus zu insgesamt stabileren Arbeitsverhältnissen führen, zumal die Qualität der Arbeitsuchenden weniger großen Schwankungen unterworfen wäre.

Da der negative Zusammenhang zwischen Konjunkturverlauf und der Dauerhaftigkeit neu geschaffener Stellen sich auch auf die Bestandsdauer und Rentabilität von Unternehmensinvestitionen ausweiten lässt, können Aktionäre und Kreditgeber diese Information zu Entscheidungen über Neuinvestitionen heranziehen.

Migrationsbeauftragte der Bundesregierung zu Gast im IZA Tower Talk

Marieluise Beck fordert Offensive zur Bildungs- und Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern

Als Gast des 10. IZA Tower Talk referierte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau *Marieluise Beck*, MdB (Bündnis 90/Die Grünen) am 23. August 2005 im Bonner Post-Tower zum Thema „Integrationspolitik ist Modernisierungspolitik". Sie verwies auf die historisch gewachsenen Defizite der deutschen Zuwanderungs- und Integrationspolitik, die zu beseitigen eine dringende Aufgabe sei. Deutschland müsse vor dem Hintergrund der bevorstehenden massiven demographischen Veränderungen ein deutliches Eigeninteresse daran haben, die Zuwanderung besser zu steuern, vor allem aber nachhaltige integrationspolitische Fortschritte zu erzielen. Zentralen Stellenwert besitze dabei das Bildungswesen, wo die akute Notwendigkeit bestehe, jungen Einwanderern „Anschluss zu geben an Bildung und Ausbildung". Um die hier derzeit noch gravierenden Benachteiligungen zu beseitigen, müsse bereits im Bereich der frühkindlichen Bildung mit einem verbesserten Spracherwerb und anderen Fördermaßnahmen angesetzt werden. Gegenwärtig verzichtet Deutschland nach Ansicht von Frau Beck geradezu mutwillig auf die Potenziale junger Migranten, statt sie systematisch zu erschließen.

Die Migrationsbeauftragte kritisierte in diesem Zusammenhang die Unzulänglichkeiten des erst zu Jahresbeginn 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetzes. Von Nachteil sei neben dem kurzsichtigen Verzicht auf ein Punktesystem zur gezielten Auswahl von Immigranten und den zu hohen Hürden für die Einreise von ausländischen Investoren und Unternehmern auch die lediglich nachrangige Erteilung von Arbeitserlaubnissen für aus dem Ausland zugezogene Studierende. An die Stelle dieses überflüssigen „Abwehrriegels" müsse - wiederum zum Vorteil Deutschlands - ein deutlich erleichterter Arbeitsmarktzugang für Studienabsolventen treten.

Positiv wertete Frau Beck das große Interesse der in Deutschland lebenden Migranten an den im Rahmen der neuen Zuwanderungsgesetzgebung geschaffenen Sprach- und Integrationskursen. Diese beachtliche Resonanz widerlege das verbreitete Vorurteil einer mangelnden Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache. Auch die unter dem Eindruck der PISA-Studien einsetzenden Bemühungen zur Stärkung der frühkindlichen Zuwandererintegration ließen für die Zukunft hoffen, wenngleich noch lange Jahre intensiver Anstrengungen notwendig seien, um die Versäumnisse der Vergangenheit wieder wett zu machen. Für den Erfolg einer intensivierten Integrationspolitik sei nicht zuletzt maßgeblich, die noch oft anzutreffenden Vorbehalte in der einheimischen Bevölkerung zu überwinden. *Hilmar Schneider*, IZA-Direktor für Arbeitsmarktpolitik, riet angesichts der verbreiteten Vorbehalte zu einer stärkeren Fokussierung der Migrationspolitik wie auch der nach innen gerichteten „Überzeugungsarbeit" auf ökonomische Zusammenhänge. Erst wenn die durch gesteuerte Zuwanderung und konsequente Integration entstehenden Wohlfahrtsgewinne fest im öffentlichen Bewusstsein verankert würden, könne die Akzeptanz von Immigration entsprechend vergrößert werden. Frau Beck bekräftigte, Immigration sei „eine Aufgabe, die wir in die Mitte der Gesellschaft rücken müssen".

Marieluise Beck ist Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (seit 2002). Zuvor amtierte sie als Bundesbeauftragte für Ausländerfragen (seit 1998). Marieluise Beck ist seit 1980 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen und seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages.

IZA Tower Talk

IZA-**Personalia**

Neue Wissenschaftler am IZA

Werner Eichhorst

Seit Juli diesen Jahres verstärkt *Werner Eichhorst* das Team der IZA-Wissenschaftler. An den Universitäten Tübingen und Konstanz studierte Eichhorst Soziologie, Politikwissenschaften, Psychologie und Verwaltungswissenschaften und ging danach als Doktorand und Post-Doc-Stipendiant zum Max-Planck-Institut in Köln. Im Anschluss an seine Promotion an der Universität Konstanz arbeitete er bei der Bertelsmann Stiftung als Projektleiter für das Projekt „Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung". Von dort wechselte er an das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Seine Arbeitsschwerpunkte am IZA sind international vergleichende Analysen von Institutionen und der Entwicklung von Arbeitsmärkten, der Vergleich beschäftigungspolitischer Strategien und Reformprozesse sowie die Politikberatung.

Konstantinos Tatsiramos

Konstantinos Tatsiramos gehört seit September 2005 zu den Research Associates des IZA, dem er schon seit Januar 2004 als Research Affiliate verbunden war. Nach seinem Bachelor- und Master-Studium an der Athens University of Economics and Business und am University College London promovierte er am European University Institute in Florenz. Auf dem Gebiet der angewandten Mikroökonometrie und Arbeitsmarktökonomik befasst sich Tatsiramos vor allem mit Beschäftigungsmobilität, dynamischer Arbeitslosigkeit, Demographie und Wohnungswesen.

Martin Kahanec

Ebenfalls im September hat *Martin Kahanec* seine Forschungsarbeiten als IZA-Wissenschaftler aufgenommen. Seine akademische Laufbahn begann er mit einem Bachelor-Studium an der Comenius University in Bratislava, nach dessen Abschluss er ein Master-Programm an der Central European University in Budapest absolvierte. Seine letzte Station war das Center for Economic Research an der Tilburg University, wo er im August diesen Jahres seine Promotion erhielt. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Arbeitsmarktökonomik, ethnische Zugehörigkeit, Migration und technologische Entwicklung.

IZA-Stipendien für Nachwuchswissenschaftler

Ulf Rinne

Marc Schneider

Das IZA fördert im Rahmen seines Stipendienprogramms zur Zeit zwei Nachwuchswissenschaftler, die zugleich als Resident Research Affiliates unmittelbar in die Forschungsarbeiten des IZA eingebunden sind. Im August bzw. September 2005 erhielten *Ulf Rinne* und *Marc Schneider* ein IZA-Stipendium. Schneider schloss in diesem Jahr sein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn erfolgreich ab und bereitet nun seine Dissertation vor. Auch Rinne erhielt 2005 sein VWL-Diplom in Bonn; darüber hinaus verbrachte er ein Studienjahr an der Universität Lissabon. Derzeit arbeitet er an der Freien Universtität Berlin an seiner Dissertation. Die jungen Arbeitsökonomen profitieren sowohl von den vielfältigen Ressourcen als auch von der Kooperation mit erfahrenen wissenschaftlichen Mitarbeitern des IZA.

Neuer IZA Visiting Research Fellow

Xavi Ramos

Einen sechsmonatigen Forschungsaufenthalt verbringt *Xavi Ramos* seit Juli 2005 als Visiting Research Fellow am IZA. Ramos promovierte 1998 an der University of Essex und ist mittlerweile Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universitat Autonoma de Barcelona. Seine hauptsächliche Forschungstätigkeit liegt im Bereich der Arbeitsmarktökonomik, der Einkommensdynamik, -ungleichheit und Armut. Gegenwärtig befasst er sich vor allem mit mehrdimensionaler Messung von Lebensstandards, dem Einfluss subjektiver Erwartungen auf das Einkommensrisiko und Umfragen zur Einstellung in Bezug auf Umverteilungsaspekte.

Neuer IZA Research Assistant

Liliya Gataullina

Ein weiteres neues Gesicht am IZA ist *Liliya Gataullina*, die seit August 2005 als Research Assistant innerhalb des Forschungsschwerpunktes Migration beschäftigt ist. Sie studierte Wirtschaftswissenschaften und Politische Wissenschaft am Bryn Mawr College sowie am Haverfold College in Pennsylvania und schloss beide Fächer mit einem B.A. ab. Darüber hinaus besuchte sie das Tashkent Financial Institute in Usbekistan und die American University in Kirgisien.

Research in Labor Economics | Call for Papers: IZA/SOLE Meeting

IZA neuer Mitherausgeber von „Research in Labor Economics (RLE)“ Hervorragendes Publikationsforum für Arbeitsökonomen

Ab Januar 2006 wird das IZA offiziell Mitherausgeber der renommierten Fachreihe "Research in Labor Economics (RLE)". Jeder Jahresband der Reihe, die 1977 von *Ronald Ehrenberg* begründet wurde, seit 1995 von *Solomon Polachek* (Binghamton University) herausgegeben wird und im Elsevier-Verlag erscheint, versammelt wichtige referierte Forschungsarbeiten zu einem breiten Spektrum arbeitsökonomischer Fragestellungen. In der jüngeren Vergangenheit haben unter anderem einflussreiche Ökonomen wie *D. Acemoglu, J. D. Angrist, D. Card, H. Farber, A. Krueger, E. Lazear, G. Field* und *J. Mincer* in RLE publiziert.

Die Fachreihe zeichnet sich aus durch
- eine besonders hohe Qualität der veröffentlichten Papiere zu empirischen, theoretischen und politikorientierten Themen
- einen überdurchschnittlich schnellen Referee Process (der in der Regel bereits vier Monate nach Eingang der eingereichten Arbeiten zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Papiers führt)
- und die Möglichkeit Sonderausgaben aufzulegen, die einen speziellen Fokus auf ausgewählte aktuelle Forschungsthemen richten.

Mit tatkräftiger Unterstützung des IZA wird Research in Labor Economics ab 2006 in zwei Bänden pro Jahr statt wie bislang in einem Jahresband erscheinen. Während der erste Band die Tradition der Reihe mit empirischen und theoretischen Arbeiten in gediegener Qualität fortführt, wird der zweite Band stärker politikorientiert konzipiert und eine klare Handschrift des IZA tragen. Als Co-Herausgeber wird IZA Research Associate *Olivier Bargain* in die konzeptionelle und inhaltliche Planung der Fachreihe eingebunden.

Alle Arbeitsökonomen sind herzlich aufgerufen, ihre Forschungsarbeiten zur Publikation in RLE einzureichen. Darüber hinaus sind auch Vorschläge für Sonderausgaben, etwa in Form von Workshop- oder Konferenzschwerpunktbeiträgen, willkommen. In Kürze wird auf der IZA-Homepage ein bequemes Online-Angebot zur Einreichung von Forschungspapieren verfügbar sein. Arbeiten, die vor dem **1. Dezember 2005** eintreffen, werden für die beiden Jahresbände 2006 bevorzugt berücksichtigt.

http://www.iza.org/publications/rle

Fünftes IZA/SOLE Transatlantic Meeting of Labor Economists

Call for Papers: 10. Januar, 2006

Die IZA/SOLE Transatlantic Meetings sind eine gemeinsame Initiative des IZA und der Society of Labor Economists (SOLE) und unterstreichen die herausragende Bedeutung internationaler Arbeitsmarktforschung in Europa und den USA. Das Fünfte IZA/SOLE Transatlantic Meeting findet vom 18. bis 21. Mai 2006 im Managementzentrum der Deutsche Post World Net (Buch am Ammersee) statt.

Dem IZA können noch bis zum 10. Januar 2006 Kurzfassungen von Forschungsarbeiten zur Präsentation vorgeschlagen werden. Die Organisatoren *Daniel S. Hamermesh* (University of Texas at Austin und IZA) und *Armin Falk* (IZA), geben ihre Entscheidung über die Annahme von Arbeiten bis zum 10. Februar 2006 bekannt.
http://www.iza.org/conference_files/TAM2006/call_for_papers

IZA-**Gastwissenschaftlerprogramm**

Von Juni 2005 bis November 2005 konnte das IZA die nachfolgenden Ökonomen als Gäste begrüßen und mit ihnen aktuelle Fragen der Arbeitsmarktforschung erötern:

Heather Antecol (Claremont McKenna College und IZA); Avner Ahituv (University of Haifa); Subhayu Bandyopadhyay (West Virginia University und IZA); Christian Belzil (CNRS, GATE und IZA); Uri Ben-Zion (Ben Gurion University und IZA); Sumon Bhaumik (Brunel University und IZA); David G. Blanchflower (Dartmouth College und IZA); Hans Bloemen (Free University of Amsterdam); Tilman Börgers (University College London); Tito Boeri (Bocconi University, Milan und IZA); Deborah Cobb-Clark (Australian National University und IZA); Rachel Croson (University of Pennsylvania); Stefano DellaVigna (University of California, Berkeley); Olivier Donni (University of Cergy-Pontoise und IZA); Francesco Drago (University of Siena); Gil S. Epstein (Bar-Ilan University und IZA); Gustav Feichtinger (Vienna University of Technology); Guido Friebel (Université de Toulouse I und IZA); Nicola Fuchs-Schündeln (Harvard University); Ira N. Gang (Rutgers University und IZA); Christina Gathmann (Stanford University und IZA); Lorenz Götte (University of Zurich und IZA); Charles Grant (University of Reading); David A. Jaeger (College of William and Mary und IZA); Spyros Konstantopoulos (Northwestern University und IZA); Peter Kuhn (University of California, Santa Barbara und IZA); Astrid Kunze (Norwegian School of Economics and Business Administration und IZA); Marco Leonardi (University of Milan und IZA); Robert I. Lerman (Urban Institute und IZA); Edwin Leuven (University of Amsterdam); Ulrike Malmendier (Stanford University und IZA); Shoshana Neuman (Bar-Ilan University und IZA); Ronald L. Oaxaca (University of Arizona und IZA); Kristian Orsini (Catholic University of Leuven); Jan C. van Ours (Tilburg University und IZA); Simon C. Parker (University of Durham und IZA); Daniele Paserman (Hebrew University, Jerusalem und IZA); Miguel Portela (Tinbergen Institute und IZA); Julien Prat (University of Vienna und IZA); Xavi Ramos (Universitat Autònoma de Barcelona und IZA); Michael R. Ransom (Brigham Young University und IZA); Uta Schönberg (University of Rochester und IZA); Matthias Schündeln (Harvard University); Massimiliano Tani (University of New South Wales und IZA); Antonella Trigari (Bocconi University, Milan); Rudolf Winter-Ebmer (University of Linz und IZA); Hendrik Wolff (University of California, Berkeley); Kenneth Wolpin (University of Pennsylvania)

>> Meinung

Ist Deutschland eine „Basarökonomie“?

Die deutsche Wirtschaftsstagnation verlangt nach genauer Ursachenforschung. Schnell wird der Schuldige in der Globalisierung ausgemacht und die deutsche „Basarökonomie“ beklagt, die immer weniger eigene Wertschöpfung betreibe, sondern dazu übergegangen sei, im Ausland produzierte Teile nurmehr im Inland zu „Made in Germany“ zusammenzufügen. Deshalb stagniere die Binnenkonjunktur, und die Beschäftigungskrise verstärke sich. Der Exportboom sei dagegen Folge der inneren Wachstumsschwäche Deutschlands. Getrieben von den Auswüchsen des Sozialstaates flüchteten immer mehr deutsche Unternehmer zunächst in kapitalintensive Produktion, dann in den Güterexport und schließlich ganz ins Ausland. Insoweit sei der Exportboom eine ökonomische Supernova, die Deutschland ins Unglück reiße.

Klaus F. Zimmermann

Halten wir einige Fakten fest: Deutschland ist traditionell Exportnation, trotz der damit zwangsweise verbundenen Nettokapitalexporte. Das deutsche Lohnniveau ist immer noch hoch, wenngleich die Löhne in den letzten zehn Jahren nur moderat gestiegen sind. Deutschland ist zuletzt wieder Güterexportweltmeister geworden, aber bei den Dienstleistungen sind wir meilenweit von einem solchen Status entfernt. Während sich der internationale Trend in der Beschäftigungsstruktur von der Industrie in die Dienstleistungen auch bei uns fortsetzt, sind neue Jobs bei den Dienstleistungen im Vergleich zum Ausland spärlich. Dazu tragen auch der Sozialstaat und die hohen Tariflöhne bei, die für Geringqualifizierte gelten. Ihre Nichtbeschäftigung wird zunehmend zum Mühlstein am Hals der (noch) Beschäftigten.

Produktionstechnologische Veränderungen und die ökonomischen Gesetze der Arbeitsteilung erzwingen weltweit eine Verschiebung der Arbeitsnachfrage zu Ungunsten der Geringqualifizierten und zum Vorteil der Fachkräfte. Dieser neuere Trend überlagert den schon lange bekannten Handelsprozess, bei dem sich die wohlfahrtsschaffende Vertiefung der Handelsbeziehungen vor allem zwischen den Industrienationen verstärkt, die immer mehr gleichartige Güter importieren und exportieren. Deshalb ist es nicht überraschend, dass dieser Trend auch die Vorprodukte erfasst. Beispielsweise importiert die Automobilindustrie tatsächlich immer mehr Teile. Allerdings ist dies keine Einbahnstraße: Die deutschen Zulieferer für die Automobilunternehmen exportieren mehr Autoteile, als Deutschland importiert. So ist der Basar ein weltweiter! Wieviel Deutschland fährt uns wohl in ausländischen Wagen entgegen, die wir importieren?

Die Importe werden stark durch Güter dominiert, die mit inländisch produzierten Waren in einer klaren Konkurrenzbeziehung stehen. Werden sie mit billiger ausländischer Arbeit produziert und sind sie deswegen preiswerter, wird so über die Güterkonkurrenz einheimische Arbeit verdrängt. Dies kann im Inland Stagnation auslösen, so die Hypothese. In vielen internationalen Studien wurde sie auf ihre Relevanz zur Erklärung der hohen Arbeitslosigkeit geprüft – und verworfen.

Jede Zunahme an Exporten, die auf importierten Vorleistungen oder Fertigwaren beruht, nimmt allerdings den Konkurrenzdruck von den deutschen Produkten, den Importe sonst auslösen können. Tatsächlich zeigt sich, dass die um Rohstoffe, Halbwaren und Nahrungsmittel reduzierten Importe, also die Einfuhr von Fertigerzeugnissen, deutlich hinter den Ausfuhren an diesen Waren zurückbleiben und in den letzten Jahren, sicher auch konjunkturbedingt, sogar stagnieren. Dagegen verstärkte sich der heimische Absatz von diesen inländisch produzierten Gütern.

Letztlich müssen also gleichzeitig Niveau- und Strukturveränderungen bei den Im- und Exporten gegeneinander abgewogen werden. Es ist richtig, dass vermehrt Teile der Exporte im Ausland produziert werden. Dennoch wird jedes Jahr mehr rein deutsche Wertschöpfung ins Ausland exportiert. Die für die Binnenproduktion schädliche Importkonkurrenz stagniert. Der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, ist ein Gesamtindikator, bei dem sich die gemeinsamen Bestandteile von Exporten und Importen aufheben. Auch er signalisiert Entwarnung, denn wir können weiter mit eher steigenden Außenbeiträgen rechnen.

Nach den Ursachen für die deutsche Stagnation muss deshalb an anderer Stelle weitergesucht werden. Der Warenexportsektor ist dafür ungeeignet, weil er naturgemäß von den Leistungssektoren dominiert wird, die gute Fachkräfte benötigen und sie auch angemessen bezahlen können. Der deutsche Dienstleistungssektor steht dagegen im Regen. Die USA haben einen rabiateren Deindustrialisierungsprozess hinter sich als Deutschland, nur haben sie ihn besser durch Entwicklung der Dienstleistungen aufgefangen. Relativ hohes Niedriglohnniveau und organisierte soziale Sicherung in Deutschland sind neben manchen Fehlregulierungen die eigentlichen Hemmschwellen für eine angemessene Reaktion auf die Globalisierung. Dies durch Reformen aufzubrechen ist Auftrag an die Politik, anstatt explizit oder implizit zu Handelsprotektionismus aufzurufen.

Institut zur Zukunft der Arbeit IZA

Herausgeber: **Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann**
Redaktion: **Holger Hinte, Mark Fallak**
Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
Tel. **+49 (0) 228 - 38 94 222**
Fax. **+49 (0) 228 - 38 94 180**
E-Mail: **compact@iza.org**
Internet: **www.iza.org**
Grafiken/Fotos: IZA
Druck: Verlag Andrea Dynowski, Köln
Layout: IZA